

1 **A1: Prostitution in Deutschland – weder** 2 **Sex, noch Arbeit**

3 **Antragstellende:**

4 Der Landessprecher*innenrat (Klara Simon, Lugain Kikhya, Marek Lipp, Konstantin Gorodetsky, Justin
5 König, Anton Wiezorek, Jonathan Wiegers), Patricia Usée

6 **Antrag:**

7 Die LMV erkennt an:

8 1.) dass die Prostitution in Deutschland Ausdruck eines Machtungleichgewichts zwischen den Ge-
9 schlechtern und somit Kennzeichen des Patriarchats ist, welches es gilt abzulehnen.

10 2.) dass in der Praxis die Prostitution zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung durch die Freier als Men-
11 schenhandel bezeichnet werden kann.

12 3.) dass man bei Prostitution angesichts der Realität in der Prostitution nicht von einer „Arbeit (wie
13 jede andere)“ sprechen kann.

14 4.) dass das System der Prostitution von Gewalt an Frauen nicht zu trennen ist.

15 **Begründung:**

16 Die Prostitution, die in Deutschland mehrheitlich stattfindet (über 90%) ist die Zwangsprostitution.

17 Hierbei sind Prostituierte aufgrund einer ökonomischen Not gezwungen, ihren Körper als Ware zu ver-
18 kaufen und sich damit vollkommen der kapitalistischen Logik zu unterwerfen.

19 35% der Prostituierten in Deutschland wurden bereits mindestens einmal gegen ihren Willen einge-
20 sperrt, gefesselt oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, 24% haben mit Selbstmord-Gedanken
21 zu kämpfen und fast alle sind drogenabhängig.

22 Die meisten Prostituierten in Deutschland stammen aus Osteuropa, sie werden durch Bekannte, Fami-
23 lienangehörige, Freunde, o. ä. in die Prostitution gebracht, nach Deutschland verschleppt und mit kolo-
24 nialisierenden Praktiken ausgebeutet. Gezielt werden dabei die schwierigen wirtschaftlichen Verhält-
25 nisse in den Herkunftsländern ausgenutzt, andere Jobs versprochen bzw. die Prostitutionstätigkeit als
26 gute Verdienstmöglichkeit dargestellt. Viele Prostituierte waren beim Einstieg in die Prostitution noch
27 nicht einmal volljährig. Bekannt ist ebenso, dass Missbrauch und Gewalterfahrung in der Kindheit, Ob-
28 dachlosigkeit oder Drogen- und Alkoholmissbrauch das Risiko erhöhen, dass diese in die Prostitution
29 geraten.

30 Trotz sind es die Prostituierten, die vor allem in gesellschaftlichen Debatten für ihre Tätigkeit mehr-
31 heitlich stigmatisiert und degradiert werden. Dieser Rhetorik müssen wir als Jugendverband entgegen-
32 treten, indem wir anstelle dessen klar die Nachfrageseite verurteilen: die Sexkäufer.

33 78% der Frauen in der Prostitution geben an, Angst vor der Gewalt von Sexkäufern zu haben, 95% er-
34 fahren sexuelle Belästigung, 80-90% verbalen Missbrauch und soziale Geringschätzung, 60-75% wur-
35 den in der Prostitution vergewaltigt. Diese Zahlen machen deutlich: Der Sexkäufer kauft zwar Sex,
36 aber es geht genauso um Macht über Frauen. Dies spiegelt sich im frauenverachtenden Frauenbild der
37 Sexkäufer wieder, wie sogenannte „Freierforen“ zeigen. Es geht bei der Prostitution schlichtweg nur
38 um die sexuellen Wünsche der Sexkäufer, nicht um die Prostituierte und deren Sexualität.

39 Als feministischer Jugendverband setzten wir uns klar für die Selbstbestimmung, über den eigenen
40 Körper und die Sexualität ein. Der Alltag in der Prostitution ist jedoch selten selbstbestimmt, das Recht
41 wird durch die Praxis verhindert.

42 Dieses Recht wird in der Praxis der Prostitution jenen verwehrt- es geht im Vordergrund um die sexu-
43 ellen Wünsche der Sexkäufer, fast alles Männer, nicht um die Prostituierte und deren Sexualität. Durch
44 den Glauben, man(n) könne sich Konsens und das Recht der Selbstbestimmung durch Geld erkaufen,
45 entsteht ein Machtgefälle, welches wir im Kern ablegen müssen. Freier sind keine netten, hilflosen
46 Männer- unser Ziel muss sein, dass Freiertum zu beenden, den Frauen zu Ausstiegsmöglichkeiten zu
47 verhelfen und die Prostitution in Deutschland klar zu verurteilen: Die meisten Prostituierten empfinden
48 ihre Tätigkeit nicht als Sex, sondern als Missbrauch, aus dem es scheinbar keinen Ausweg gibt.

49 Trans Prostituierte sind einem höheren Risiko ausgesetzt, Diskriminierung und Gewalt zu erfahren, als
50 cis Prostituierte. Queerfeindlichen Praktiken gilt es, nicht nur für uns als Jugendverband, sondern für
51 alle die ein feministisches Weltbild haben, abzulehnen.

52 **Hinweis: In dem oben formulierten Antrag werden an manchen Stellen die Begriffe der binären Ge-
53 schlechtskategorien verwendet, nicht um queere Identitäten zu diskriminieren oder unsichtbar zu ma-
54 chen, sondern um entsprechende Studien wahrheitsgemäß zu rezitieren.*

55 **A2: Das Lützerath des Ostens verhin-** 56 **dern – Mühlrose retten!**

57 **Antragstellende:**

58 Der Landessprecher*innenrat

59 **Antrag:**

60 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

61 Der Kohlekonzern LEAG hat vor, Mühlrose als letztes Dorf in der Lausitz abzubaggern, um die darun-
62 terliegende Braunkohle zu verfeuern. Das wäre ein fataler Schritt gegen das Pariser Klimaschutzab-
63 kommen und nach der Abbaggerung von Lützerath ein zweiter herber Einschnitt in unsere Zukunft.

64 Wir als linksjugend ['solid] Brandenburg stellen uns dem entgegen! Wir sehen nicht ein, warum das
65 Wohlergehen der Menschheit weniger wichtig sein soll als die Gewinne von Kohlekonzernen wie der
66 LEAG. Die Abbaggerung Mühlroses nützte nur der LEAG – für die Energiegewinnung ist sie nicht not-
67 wendig. Ganz im Gegenteil brauchen wir eine drastische Beschleunigung der Energiewende. Doch der
68 Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energienetze scheitert am Widerstand der Konzerne. Un-
69 sere Schlussfolgerung: Eine lebenswerte Zukunft besteht erst jenseits von Gewinnmaximierung. Ret-
70 ten wir das Klima und unsere Zukunft – und nicht den Kapitalismus!

71 Wir fordern:

- 72 • den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2030 – auch in der Lausitz.
- 73 • einen Verfahrensstopp in Mühlrose – die LEAG darf keine Erschließungsgenehmigung für Mühl-
74 rose erhalten. Der Abriss der Wohnhäuser in Mühlrose muss beendet werden.
- 75 • ein Transformationsgeld für die Beschäftigten in der fossilen Industrie, also sowohl im Energie-
76 sektor als auch im Automobilssektor, das eine Weiterqualifizierung ermöglichen soll und vor Ar-
77 mut schützt.
- 78 • die Gründung einer Landesenergieagentur, die den dezentralen Ausbau von Erneuerbaren
79 Energien und der Stromnetze im Land für die öffentliche Hand koordiniert und vorantreibt.
- 80 • die Rekommunalisierung von Energienetzen im Land Brandenburg mit einem Landesgesetz,
81 das Enteignungen im Sinne des Klimaschutzes ermöglichen soll.
- 82 • die Gründung eines EU-Klimaschutz- und Klimaanpassungsfonds, der finanzielle Ressourcen für
83 den globalen Süden zur Verfügung stellen soll, damit die aufgrund der historischen CO2-Emis-

84 sionen des globalen Nordens besonders vom Klimawandel betroffenen Staaten direkt in Erneuerbare
85 erbare Energien einsteigen können und resilienter werden können vor den teils schon jetzt
86 spürbaren Folgen des Klimawandels.

87 Wir sind bereit, für diese Kernforderungen gemeinsam mit antikapitalistischen Bündnispartner*innen
88 auf die Straße zu gehen und erklären uns solidarisch mit jedem Protest des zivilen Ungehorsams, der
89 Mühlrose retten will.

90 Die linksjugend [solid] Brandenburg vernetzt sich mit dem sächsischen Landesverband, um der Forde-
91 rung des Erhalts des sächsischen Dorfes Mühlrose gemeinsam eine Stimme zu verleihen.

92 **Begründung:**

93 Das Sonderfeld Mühlrose ist Teil der Bergbauplanung des Kohle Konzerns LEAG in der Lausitz. Das
94 heißt, dass die LEAG einen Bedarf für die Braunkohle unter Mühlrose sieht, aber nicht, dass eine Ab-
95 baggerung der Kohle genehmigt ist. Ganz im Gegenteil liegt nicht einmal ein Antrag auf Erschließung
96 Mühlroses als Tagebaugelände vor.

97 Das Problem: Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird selbst bei
98 einem Kohleausstieg 2038 viel weniger Kohle benötigt werden als die LEAG angibt – Mühlrose müsste
99 also gar nicht abgebaggert werden. Erst recht nicht, wenn der Kohleausstieg auf 2030 vorgezogen
100 wird. Für diesen Fall geht die Studie sogar davon aus, dass sogar bestehende Tagebaue verkleinert
101 werden müssten, weil nicht alles von der dort liegenden Braunkohle benötigt würde.

102 Trotzdem kauft die LEAG die nach und nach leergezogenen Häuser in Mühlrose auf – viele Bewoh-
103 ner:innen haben aus Unsicherheit ihr Dorf bereits aufgegeben und ziehen in neue Häuser im Nachbar-
104 dorf. Doch noch längst nicht alle Bewohner:innen Mühlroses sind leergezogen. Dennoch reißt die LEAG
105 die von ihr aufgekauften Häuser ab. Damit geht ein Dorf und ein Symbol für die sinnlose und klima-
106 schädliche Abaggerung von Braunkohle verloren. Dagegen braucht es Widerstand.

107 Denn Mühlrose kann auch als Symbol für die Einhaltung der zweiten (und letzten) Grenzmarke des Pa-
108 riser Klimaschutzabkommens gewertet werden. Es ist bereits absehbar, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht
109 eingehalten werden kann, was bereits drastische Folgen mit sich bringen wird. Doch auf jeden Fall gilt
110 es, die Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius des vorindustriellen Ni-
111 veaus zu beschränken. Die Nicht-Einhaltung des 2-Grad-Ziels bedeutete das Eintreten der Klimakata-
112 strophe – mit dramatischen Folgen für Ökosysteme, Klimasysteme und die Lebensgrundlagen der
113 Menschen. Die Nicht-Einhaltung des 2-Grad-Ziels wird innerhalb weniger Jahrzehnte die Katastrophe
114 zum Dauerzustand werden lassen.

115 **A3: Ein anderes Europa ist möglich -** 116 **Wie kommen wir dahin?**

117 **Antragstellende:**

118 Der Landessprecher*innenrat

119 **Antrag:**

120 **EU - wo stehen wir jetzt und wo könnte es hingehen?**

121 Nicht nur in Zeiten eines russischen Angriffskrieges auf die Ukraine halten wir die EU als Institution der
122 friedlichen europäischen Integration für erhaltenswert.

123 Der Grundgedanke der EU, den Frieden und die Stabilität in Europa zu sichern und offene Grenzen zu
124 schaffen, sind auch Ziele unserer Politik. Vor allem junge Menschen ermöglicht die EU in zahlrei-
125 chen Programmen in den Bereichen Bildung und Ausbildung wie z.B. Erasmus internationale Vernet-
126 zung und wichtige Erfahrungen. Gleichzeitig erkennen wir, dass gerade auch für junge Menschen
127 große Ungleichheit innerhalb der EU besteht. Gerade in den südlichen EU-Mitgliedsstaaten ist die Ju-
128 gendarbeitslosigkeit hoch und das Nettoeinkommen niedrig. Die Zusammenarbeit und der Austausch
129 zwischen den Mitgliedstaaten ist wesentlicher Bestandteil zur Vermeidung von Konflikten und den
130 Frieden in Europa. In Zeiten globaler Krisen des Kapitalismus, wie die Klimakrise, Sicherheitskrise, Eng-
131 pässe in der Lebensmittelversorgung oder die Corona-Pandemie. Doch menschenfeindliche Praktiken,
132 wie die illegalen Pushbacks der Grenzschutzagentur "Frontex", die Fluchtsuchende zurück in ihre Hei-
133 matländer drängt, überschatten das Friedensprojekt EU.

134 "EU aber Based" heißt deshalb unser Leitspruch zu Europawahl 2024. Wir glauben nämlich, es geht
135 noch mehr. Wir glauben an ein Europa der Solidarität mit offenen Grenzen nach innen und nach außen,
136 Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, ein Europa in dem alle Menschen selbstbestimmt leben
137 können unabhängig von ihrem Einkommen, Glauben, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexueller
138 Orientierung. Wir glauben an ein Europa in der Bildung für alle Menschen zugänglich ist und der
139 Selbstentfaltung und nicht nur der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt dient. Wir glauben an ein Eu-
140 ropa, in dem die Umwelt nicht den Profitinteressen untergeordnet, sondern als Lebensgrundlage aller
141 Menschen anerkannt, geschützt und nachhaltig bewirtschaftet wird.

142 **Dem Erstarren der Rechten entgegenwirken!**

143 Ob die Lega Nord aus Italien, die PIS in Polen, die französische Rassemblement National oder die deut-
144 sche AFD - in Europa gibt es momentan eine Zunahme der politischen Kräfte, die auf nationalistischen,
145 autoritären und oft rassistischen Ideologien basieren. Dieser Trend ist für uns, als sozialistischer und

146 antifaschistischer Jugendverband natürlich besorgniserregend, denn er bedroht nicht nur die Grund-
147 werte unserer Gesellschaften, sondern auch den europäischen Zusammenhalt Die rechten Bewegun-
148 gen fordern eine Politik der Abschottung, des Protektionismus und der Diskriminierung. Sie sind gegen
149 die europäische Integration und setzen auf nationalen Egoismus. Der Erfolg der rechten Parteien be-
150 schränkt sich hierbei nicht nur auf die europäische Ebene, sondern wirkt genauso in nationaler und re-
151 gionaler Politik. Dazu kommen Parteien, die offiziell als „konservativ“ gelten, teils aber ebenso rechts
152 sind oder zumindest mit der extremen Rechten paktieren. Die Gründe für das Erstarken der Rechten
153 sind hierbei vielfältig. Eine irrationale Angst vor Fluchtbewegungen, Populismus und Terroranschläge
154 haben Nährboden für faschistische Ideologien geschaffen.

155 Wir haben gelernt: Gegen Rechts hilft nur Links. Unsere Antwort auf Nationalismus ist internationale
156 Solidarität!

157 Wir werden die europäische Vernetzung der linken Parteien und Jugendverbände weiter vorantreiben,
158 sodass sich Sozialist*innen aus ganz Europa gegenseitig unterstützen können. Wir setzen uns für eine
159 neue EU der internationalen Solidarität statt des Neoliberalismus und erstarkendem Nationalismus ein.

160 Es gilt unsere demokratischen Werte und Institutionen zu verteidigen und sicherzustellen, dass sie
161 nicht von denjenigen untergraben werden, die unsere Gesellschaften spalten wollen. Für ein demokra-
162 tisches und sozialistisches Europa!

163 **Die EU demokratisieren**

164 EU-Befugnisse betreffen in verschiedenen Bereichen unser tägliches Leben. Allein deshalb muss die EU
165 demokratisch sein. Hierbei sehen wir allerdings noch Nachholbedarf.

166 Deshalb: Unserer Vorschläge zur Demokratisierung der EU:

- 167 1. Stärkung des Europäischen Parlaments: Das Europäische Parlament ist das einzige direkt ge-
168 wählte Organ der EU und hat die Aufgabe, die Interessen der Bürger*innen zu vertreten. Um
169 die Demokratie in der EU zu stärken, muss das Europäische Parlament mehr Befugnisse erhal-
170 ten und eine größere Rolle bei der Gesetzgebung spielen.
- 171 2. Erhöhung der Transparenz: Die EU-Institutionen müssen transparenter werden, indem sie ihre
172 Entscheidungsprozesse öffentlich machen und eine klare Kommunikation über ihre Tätigkeiten
173 und Entscheidungen sicherstellen. Dies würde es den Bürger*innen ermöglichen, besser zu ver-
174 stehen, wie die EU funktioniert, und sie bei der Teilnahme an Entscheidungen zu unterstützen.
- 175 3. Förderung der Bürger*innenbeteiligung: Die EU muss die Bürger*innen stärker in Entschei-
176 dungsprozesse einbeziehen, indem sie mehr Möglichkeiten zur Beteiligung bietet. Eine ge-
177 meinsame europäische Öffentlichkeit könnte dazu beitragen, dass die EU demokratischer und

178 transparenter wird. Die EU muss die Schaffung eines öffentlichen Raums unterstützen, in dem
179 die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa sich austauschen und diskutieren können.

180 **Die sozial-ökologische Transformation für Europa vorantreiben**

181 Die Klimakatastrophe aufzuhalten, das ist das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, dem sich alle
182 EU-Mitgliedstaaten verpflichtet haben. Es ist schließlich die historische Verantwortung der bereits früh
183 industrialisierten Staaten, die zur deutlich schnelleren Reduzierung der Treibhausgasemissionen, als es
184 bisher geschieht, verpflichtet. Doch derzeit zeigt sich die EU mit ihrem Green Deal als eine Union der
185 Konzerne. "Technologieoffenheit" und grüne Taxonomie werden zur Farce, wenn ressourcenver-
186 schwendende E-Fuels begünstigt werden und fossile Energieträger wie Atom oder Gas als "grün" de-
187 klariert werden. Diese Politik dient nicht dem Klimaschutz, sondern dem Schutz der Profite der Global
188 Player in der EU.

189 Dabei ist so viel mehr möglich und nötig. Wir wollen aus dem Green Deal einen Green Social Deal ma-
190 chen! Die dringend notwendige Transformation der fossilen Energie- und Automobilindustrie wird nur
191 gelingen, wenn wir die derzeitigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse infrage stellen und die Be-
192 schäftigten in der Transformation zu den zentralen Akteur*innen machen. Wir wollen, dass mit der
193 Verkehrswende zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen - allein in Deutschland sind es etwa 200.000
194 mögliche neue Arbeitsplätze. Dabei wollen wir, dass die Beschäftigten in Transformationsräten über
195 die Zukunft ihrer Betriebe mitentscheiden und eigene Ideen entwickeln können, wie sie in Zukunft ar-
196 beiten. Gute Arbeit und gutes Klima gehen Hand in Hand.

197 **Für eine EU der guten Arbeit und sozialen Gerechtigkeit**

198 Die Europäische Union ist derzeit eine Union der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Nach der
199 Finanzkrise und der Eurokrise sind insbesondere die Euro-Staaten sehr unterschiedlich aus der Krise
200 herausgegangen. Dabei galt besonders Deutschland mit seiner Austeritätspolitik als Gewinner, die
201 Staaten des europäischen Südens, z.B. Griechenland, kamen geschwächt aus der Krise. Die Sparmaß-
202 nahmen, die vor allem auf den Abbau des Sozialstaats und die Hemmung öffentlicher Investitionen
203 zielten, haben zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit geführt. Insbesondere die Jugendar-
204 beitslosigkeit ist im Süden der EU vielfach höher als im Norden. Mit Forderungen nach einem europäi-
205 schen Mindestlohn und europäischen Sozialversicherungen sowie einer neuen Fiskalpolitik mit EU-
206 weiter Vermögensteuer wollen wir die EU sozial gerechter machen und so die europäische Integration
207 voranbringen. Gute Arbeit gibt es nur mit starken Gewerkschaften - deshalb setzen wir uns für mehr
208 Rechte für Arbeiter*innen und ihren Gewerkschaften bspw. im Streikrecht ein. EU-weit muss es die
209 Möglichkeit auch eines Generalstreiks geben. Umfassende Arbeiter*innenrechte sollten zentraler Be-
210 standteil von EU-Verträgen und Aufnahmekriterium in die EU sein.

211 **Die nächsten Schritte**

212 Im kommenden halben Jahr wollen wir uns stärker mit dem Thema Europa und EU auseinandersetzen
213 und die bereits angeschnittenen Themen stärker diskutieren. Im Rahmen von Workshops bieten wir
214 dazu die Möglichkeit, sich vertieft damit auseinanderzusetzen und zu diskutieren. In unseren Positio-
215 nierungen auf Landesebene berücksichtigen wir auch, wenn möglich, die europäische Dimension von
216 Problemstellungen. Damit wollen wir teilhaben an der inhaltlichen Vorbereitung der Europaparla-
217 mentswahl nächstes Jahr, die eine wegweisende für unsere nahestehende Partei, DIE LINKE, sein wird.
218 Doch die nächsten 5 Jahre entscheidet sich auch sehr viel im Hinblick auf die Klimakrise. Es bleibt nur
219 noch bis etwa 2026 Zeit - bei radikalen Maßnahmen wohlgemerkt - das 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser
220 Klimaschutzabkommen einzuhalten. Bereits jedes Zehntelgrad mehr hat enorme Auswirkungen auf die
221 natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.

222 Die Klimafrage bleibt eine soziale Frage - wir beantworten sie im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und
223 der Solidarität.

224 **A4: Nein zum Abschiebezentrum! Nein** 225 **zu Menschenfeindlichkeit!**

226 **Antragstellende:**

227 Der Landessprecher*innenrat

228 **Antrag:**

229 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass das Abschiebezentrum als ein menschenfeindliches und rassistisches Projekt seitens der regierenden Kenia-Koalition anerkannt und behandelt wird. Die Linksjugend [`solid] verpflichtet sich dem ständigen Kampf gegen das Abschiebezentrum am BER durch:

- 233 1. die öffentliche und klare Bekennung zur antirassistischen Haltung des Landesverbands. Der
234 Landesverband verpflichtet sich mit öffentlichkeitswirksamer Arbeit wie lang- oder kurzfristigen
235 Projekten und Kampagnen, Social Media und Bildungs- und Aufklärungsarbeit die öffentliche
236 Aufmerksamkeit auf das rassistische Projekt zu lenken.

237 Auf der nächsten Landesmitgliederversammlung soll der Antrag auf seine Aktualität geprüft
238 werden und gegebenenfalls verschärft werden.
- 239 2. Der Landesverband verpflichtet sich, bei beidseitigem Interesse, der Zusammenarbeit und
240 Kooperation mit anderen Akteur:innen, die ebenfalls gegen das Abschiebezentrum streiten.
241 Der Landesverband erklärt sich grundsätzlich bereit mit technischer, fachlicher oder finanzieller
242 Unterstützung an der Seite der Akteur:innen zu stehen.
- 243 3. Der Landesverband spricht sich entschlossen für eine Politik der Integration mit den
244 entsprechenden Teilhabe- und Bildungsmöglichkeiten und lehnt Abschiebungen ab.
- 245 4. Für den Landesverband ist die Kenia Koalition nicht mehr tragbar. Das Verhalten der beteiligten
246 Parteien: die SPD, die CDU und Bündnis 90/Die Grünen zeugt von ihrer fehlenden
247 politischen Integrität. Als antirassistischer und antifaschistischer Jugendverband, welcher eine
248 Vision für das Land Brandenburg hat, dürfen wir nicht einfach die Realität entgegennehmen.
249 Wir müssen uns entschieden und geeint dagegenstellen. So sprechen wir uns gegen die jetzige
250 Landesregierung aus und fordern ihr sofortiges Ende.

251 **Begründung:**

252 Zum Anfang: Die Linksjugend [`solid] Brandenburg lehnt Abschiebungen grundsätzlich ab. Wir stehen
253 zu einer offenen und solidarischen Welt. Kein Mensch verlässt sein Heimatland ohne Grund. Insbesondere
254 Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte

255 medizinische Versorgung und Diskriminierung ist für uns menschenfeindlich. Wir setzen uns ein für den
256 Kampf gegen die Fluchtursachen der Geflüchteten.

257 Das Abschiebezentrum repräsentiert eine Politik der Unvernunft, eine Politik der Abschottung und
258 Ausgrenzung von hilfeschuchenden Menschen und eine Politik gemacht von Rassist:innen.

259 Die derzeit bestehende Haftanstalt am BER soll massiv ausgebaut werden. Im "Transit- und Gewähr-
260 samsgebäude" des Abschiebezentrums sind 118 Plätze geplant, in denen u.a. geflüchtete Menschen in-
261 haftiert werden können. [1] Damit bietet das neue Abschiebezentrum in etwa viermal so viele Plätze
262 wie die bisherige Haftanstalt am Flughafen Schönefeld. Der Bund wird sich durch die Anmietung eines
263 "Rückführungsgebäudes" beteiligen, das dem geplanten Anstieg an Abschiebungen dienen soll. [2]

264 Die Haftanstalt soll u.a. genutzt werden für Menschen im sog. Ausreisegewahrsam (Abschiebehaft zum
265 Vollzug der Abschiebung). An dem Ort sollen auch sog. Zurückweisungsfälle (Menschen, denen die
266 Einreise gar nicht erst erlaubt wird) und asylsuchende Menschen im Flughafenasylverfahren
267 (Schnellverfahren) festgehalten werden. [4]

268 Freiheitsentzug ist ein Eingriff in die Grundrechte dieser Menschen. Zusätzlich kommt es bei Abschie-
269 bungschaft immer wieder zu schweren Verfahrensfehlern. Die Statistiken des Rechtsanwalts Peter Fahl-
270 busch zeigen, dass jede zweite Abschiebungshaft rechtswidrig. [5]

271 Am BER ist auch eine massive Steigerung der Flughafenasylverfahren geplant, und zwar eine Ver-
272 zehnfachung auf 300-400 Schnellverfahren pro Jahr. [6] Im Flughafenverfahren wird entschieden, ob
273 Asylsuchende überhaupt Zugang zum regulären Asylverfahren erhalten. Diese Prüfung geschieht unter
274 Haftbedingungen im Transitgelände des Flughafens. Dabei gelten im Vergleich mit dem regulären
275 Asylverfahren sehr kurze Fristen und eingeschränkter Rechtsschutz. [7] Und: In den letzten Jahren hat
276 sich die Ablehnungsquote in Flughafenverfahren verzehnfacht: von 5,1 Prozent in 2013 auf 52,7 Prozent
277 in 2019. [8] Das Flughafenverfahren ist nicht rechtsstaatlich oder fair. Es muss endlich abgeschafft und
278 stattdessen Zugang zu regulären Asylverfahren für alle Asylsuchenden gewährt werden.

279 Nicht nur aus menschenrechtlichen Gründen steht das Vorhaben seit einiger Zeit in der Kritik: Medien-
280 rechen haben gezeigt, dass das Brandenburger Innenministerium das Abschiebezentrum von dem
281 wegen Korruption vorbestraften Investor Jürgen B. Harder bauen lassen will. [9] Der Investor ist wegen
282 Schmiergeldzahlungen vorbestraft und war in einen Medizinskandal an der Universität Heidelberg ver-
283 wickelt. Eine öffentliche Ausschreibung für das Millionenprojekt gibt es bis jetzt nicht. [10]

284 Im aktuellen Entwurf des Haushaltsplans der Brandenburger Landesregierung sind Hunderte Millionen
285 für das Abschiebezentrum vorgesehen. Der Haushaltsentwurf 2023/2024 enthält eine Verpflich-
286 tungsermächtigung (d.h. Aufwendungen auch in künftigen Haushaltsjahren) für die Mieten und
287 Pachten für das Abschiebezentrum in Höhe von 315 Millionen Euro (ab 2026). Zuvor fallen bereits
288 weitere Kosten in Höhe von 4,05 Millionen Euro an. [11]

289 Hunderte Millionen Euros sollen ab 2026 für 30 Jahre lang an Jürgen B.Harder gezahlt werden.
 290 Steuergelder, die dringend für die Teilhabe und Integration geflüchteter Menschen, sozialen Woh-
 291 nungsbau und andere lebensnotwendige Hilfen in dieser Zeit der Inflation benötigt werden.
 292 Stattdessen entscheidet sich die Landesregierung für diesen Schritt. Das ist ein Zeugnis ihrer
 293 politischen Inkompetenz, Missbrauch ihrer Macht und verfehlten Verantwortung gegenüber dem
 294 Menschen in Brandenburg.

295 Bis Jetzt haben wir mit der Grünen Jugend Brandenburg, die Seebrücke und Wir Packen es an e.V. eng
 296 zusammenarbeiten können, um gegen das Abschiebezentrum zu kämpfen. In unserem offenen
 297 Brief, der am 09. November 2022 an die Landesregierung ging, erfahrt Ihr mehr zu unseren Forder-
 298 ungen: Offener Brief: Abschiebezentrum | Linksjugend ['solid] Brandenburg (ljsbb.de)

299 **Quellen:**

300 [1] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/abschiebezentrum-am-ber-spaltet-koalition-in-brandenburg-8589040.html>

302 [2] <https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001673.pdf> (v.a. S. 1)

303 [3] <https://fragdenstaat.de/blog/2022/08/03/ber-abschiebezentrum/>

304 [4] [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parla-
 305 doku/w7/drs/ab_4300/4370.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parla-doku/w7/drs/ab_4300/4370.pdf) (S. 3-4)

306 [5] <https://www.proasyl.de/news/es-ist-skandaloes-welche-fehler-in-abschiebungshaft-passieren/>

307 [6] [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parla-
 308 doku/w7/drs/ab_4300/4377.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parla-doku/w7/drs/ab_4300/4377.pdf) (v.a. S. 2)

309 [7] https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/210622_PA_Flughafenstudie_final.pdf (v.a. S. 7-12) &
 310 [https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2012/03/Gemeinsame_Stellungnahme_Flughafen-
 311 verfahren.pdf](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2012/03/Gemeinsame_Stellungnahme_Flughafen-verfahren.pdf)

312 [8] <https://www.tagesschau.de/investigativ/hsb/asyl-flughafenverfahren-101.html>

313 [9] [https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2022/05/ber-behoerde-zentrum-streit-investor-harder-
 314 partner-hallenbauer.html](https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2022/05/ber-behoerde-zentrum-streit-investor-harder-partner-hallenbauer.html), [https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/uniklinikum-heidelberg-bluttest-
 315 boersenmanipulation-1.4422883](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/uniklinikum-heidelberg-bluttest-boersenmanipulation-1.4422883)

316 [10] [https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/08/berlin-brandenburg-flughafen-ber-investor-
 317 stuebgen.html](https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/08/berlin-brandenburg-flughafen-ber-investor-stuebgen.html) & <https://fragdenstaat.de/blog/2022/08/03/ber-abschiebezentrum/>

318 [11] [https://mdfe.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Entwurf_03_Ministerium%20des%20In-
 319 neren%20und%20f%C3%BCr%20Kommunales%202023-24.pdf](https://mdfe.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Entwurf_03_Ministerium%20des%20In-neren%20und%20f%C3%BCr%20Kommunales%202023-24.pdf) (S. 161-162)

320 **A5: Deshalb sind wir emanzipatorisch,** 321 **intersektional, queersolidarisch**

322 **Antragstellende:**

323 Marek Lipp, Yasha Domscheit, LAK Queerfeminismus

324 **Antrag:**

325 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

326 Die linksjugend ['solid] Brandenburg bekennt sich zu einem intersektionalen, queersolidarischen und
327 emanzipatorischen Ansatz in ihrer politischen Arbeit. Das tun wir, weil das notwendig ist, um eine ge-
328 rechte, vom Patriarchat befreite Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu erreichen.

329 Intersektionale Theorie beschäftigt sich mit der Analyse von Unterdrückung aufgrund von Geschlecht
330 und Sexualität, und deren Wechselwirkungen mit anderen sozialen Kategorien wie „Rasse“, Klasse, und
331 Behinderung. Sie betont die Bedeutung der Vielfalt und Komplexität von Identitäten und Lebenswei-
332 sen für Machtkonfigurationen sowie die Wichtigkeit der Sichtbarkeit und des politischen Aktivismus'
333 von marginalisierten Gruppen.

334 Wir beziehen uns dabei unter anderem auf die Arbeiten von Judith Butler, die die Kategorie Ge-
335 schlecht als sozial konstruiert und performativ herausgestellt hat. Butler betont die Notwendigkeit,
336 Geschlecht als fluide und veränderlich zu begreifen und kritisiert binäre Vorstellungen von Geschlecht
337 als reproduktiv für Unterdrückungsverhältnisse. Ebenfalls bedeutend für unsere Politik ist die Intersek-
338 tionalitätstheorie von Kimberlé Crenshaw, die die Notwendigkeit betont, die Verflechtungen von Un-
339 terdrückungsformen zu betrachten und marginalisierte Gruppen in politischen Kämpfen zu inkludieren.

340 Wir problematisieren einige feministische Ansätze, die die Perspektiven und Erfahrungen von privile-
341 gierten Frauen bevorzugen und marginalisierte Gruppen wie LGBTIQ* und Frauen of Color vernachlässi-
342 gen oder sogar ausschließen und dabei oftmals biologistische Geschlechtsdefinitionen heranziehen.
343 Dies führt zu einem binären und unvollständigen Verständnis von Geschlecht und Identität und einer
344 fehlenden Sensibilität für die Wechselwirkungen zwischen Herrschaftsformen. Als emanzipatorischer,
345 queersolidarischer und humanistischer Jugendverband weisen wir transphobe und queerfeindliche Po-
346 sitionen deutlich als unsolidarisch und patriarchale Macht reproduzierend zurück.

347 Als emanzipatorischer und queersolidarischer Verband mit intersektionaler Perspektive setzen wir uns
348 dafür ein, eine Sprache zu verwenden, die alle Geschlechteridentitäten einschließt und so diskriminie-
349 rungsarm wie möglich ist. Wir problematisieren daher zum Beispiel die Formulierung "Frauentag", da
350 sie die Geschlechterbinarität reproduziert und TIN* (transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und

351 nicht-binäre) Personen ausschließt. Stattdessen bevorzugen wir die Bezeichnung "Internationaler femi-
 352 nistischer Kampftag", um neben Frauen auch TIN* einzuschließen und sichtbar zu machen. Dabei res-
 353 pektieren wir andere Formulierungen und Ansprachen, weil die Perspektiven verschieden sein können,
 354 der historische Bezug von Bedeutung sein kann und es von Relevanz für aktuelle Kämpfe sein kann.

355 Als antikapitalistischer Verband kritisieren wir, wie die Reproduktion der Geschlechterbinarität zur Sta-
 356 bilisierung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse beiträgt, insbesondere in Hin-
 357 blick auf Care- bzw. Reproduktionsarbeit. Wir sprechen von Care-Arbeit bzw. Reproduktionsarbeit von
 358 notwendiger Arbeit zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Im patriarchal geprägten Kapitalismus be-
 359 ruht die Ausbeutung der Arbeitskraft der lohnarbeitenden Klasse auf der Ungleichverteilung der Re-
 360 produktionsarbeit. Ein Arbeiter, der nach 8 Stunden körperlich schwerer Arbeit erschöpft nach Hause
 361 kommt, arbeitet am nächsten Tag nur dann genauso produktiv weiter, wenn er keine Care- bzw. Re-
 362 produktionsarbeit selbst leisten muss. FLINTA* bzw. weiblich sozialisierte Personen übernehmen bei
 363 einer patriarchalen Gender-Rollenverteilung eine für den Prozess der Kapitalakkumulation grundle-
 364 gende Rolle: Indem sie unbezahlt Care- bzw. Reproduktionsarbeit leisten, tragen sie zur Wiederher-
 365 stellung der Arbeitskraft des Hauptverdieners bei und bilden so die Grundlage für die effektivere bzw.
 366 profitmaximierende Ausbeutung der Arbeitskraft des Hauptverdieners. Selbst wenn FLINTA* keiner
 367 eigenen Lohnarbeit nachgehen, werden sie im Kapitalismus durch die von ihnen geleistete Care-Arbeit
 368 ausgebeutet zur Steigerung der Profite Weniger. Der heutige Kapitalismus kommt aber nicht mehr da-
 369 mit aus: Viele FLINTA* leisten neben ihrer Lohnarbeit unbezahlte Care-Arbeit und werden so in dop-
 370 pelter Hinsicht ausgebeutet. Die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen den Ge-
 371 schlechtern gehören also zusammen – der Kampf gegen das eine geht nicht ohne den Kampf gegen
 372 das andere.

373 In Anlehnung an Gramscis Hegemonietheorie verbinden wir die verschiedenen Kämpfe und spielen sie
 374 nicht gegeneinander aus. Wir sind überzeugt, dass sich die Hegemonie des Kapitals nur brechen lässt,
 375 wenn wir auch die Hegemonie des Patriarchats angreifen. Queerer, feministischer und antirassistischer
 376 Kampf sind für uns Teil des Kampfes der arbeitenden Klasse gegen den Klassenkampf von oben.

377 **Begründung:**

378 Wir verstehen das binäre Geschlechtssystem und Heteronormativität als Teil der patriarchalen Un-
 379 terdrückung und wollen die Binarität nicht reproduzieren, sondern auf die Intersektionalität von femi-
 380 nistischen Kämpfen verweisen. Gleichzeitig erkennen wir die Bedeutung der patriarchalen Ges-
 381 chlechtszuschreibung und die Herrschaft des Patriarchats auch als Herrschaft über den Körper, insbe-
 382 sondere den Uterus, an. Doch nicht nur cis Frauen sind von patriarchaler Gewalt betroffen, sondern
 383 auch trans Personen (deren Gender oftmals aberkannt wird und die Gewalt erfahren, wenn sie das ih-
 384 nen zugeschriebene Gender verlassen), inter* Personen (die in ein binäres Geschlechtssystem
 385 gedrängt werden, in dem sie sich aber nicht wirklich wiederfinden) und nicht-binäre Personen (die

386 lange Zeit unsichtbar gemacht wurden und deren Gender ebenfalls oftmals aberkannt wird). TIN*, die
387 weiblich gelesen werden, denen also das Gender der Frau zugeschrieben wird, sind ganz besonders
388 von Gewalt und Unterdrückung betroffen.

389 Es geht also um die soziale Zuschreibung, die eine Person zur Frau*/FLINTA* macht. Im binären Ges-
390 chlechtssystem werden alle Unterschiede auf zwei Gender, Frau und Mann, reduziert. Damit verbun-
391 den sind Stereotype und vor allem eine Hierarchie. Die Geburtsfähigkeit von Menschen mit Uterus
392 wird geknüpft mit der sozialen Zuschreibung von bestimmten Verhaltensmerkmalen und besonders
393 einer sozialen Rolle mit Aufgaben der Reproduktionsarbeit oder auch Care-Arbeit (Kochen, Waschen,
394 Kindererziehung, Pflege von Angehörigen etc.), die zumeist unbezahlt geleistet wird.

395 Männer nehmen im patriarchalen binären Gendersystem die soziale Rolle des Hauptverdieners oder
396 auch "Ernährers" ein, einhergehend mit stereotypen Verhaltensmerkmalen und weniger oder keiner
397 Care-Aufgaben. Sie werden für ihre Haupttätigkeit bezahlt und haben darüber hinaus Zeit, sich eh-
398 renamtlich einzubringen, vor allem im Bereich der Politik. Insbesondere, aber nicht nur, die Ungleich-
399 verteilung der Care-Arbeit ist Grund für die Ungleichverteilung politischer Einflussnahme und
400 Repräsentation. Im Bereich der Politik werden FLINTA* aufgrund der ihnen zugeschriebenen
401 Verhaltensmerkmale für weniger fähig befunden, lange Zeit sogar als "zu emotional" eingeschätzt.

402 In einem binären Geschlechtssystem wird intersex Personen überhaupt gar keine Möglichkeit geg-
403 eben, sich anders als "Frau" oder "Mann" einzuordnen. Ganz im Gegenteil wird ihnen das Gender bei
404 der Geburt zugewiesen. Aber auch trans Personen können sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt
405 zugeschriebenen Gender identifizieren, weil sie sich entweder nicht in das hierarchische System
406 einordnen wollen oder nicht die mit dem Gender verbundene soziale Rolle erfüllen wollen. Insbe-
407 sondere Letzteres wollen wir betonen: Bei trans, nicht-binären oder agender Personen geht es nicht
408 darum, wie sie sich "fühlen", sondern um ihre soziale Rolle, die sie (nicht) erfüllen wollen.

409 Auch wenn sich Stereotype und soziale Rollen aufweichen (was wir der feministischen Bewegung,
410 also allen voran cis Frauen zu verdanken haben), sind wir noch lange nicht in einer vom Patriarchat be-
411 freiten Gesellschaft. Weiblich zugeschriebene Menschen erfahren immer noch sehr oft körperliche und
412 sexualisierte Gewalt. An statistisch jedem dritten Tag geschieht ein Femizid in Deutschland.

413 Lohnarbeit, die der weiblichen sozialen Rolle zugeschrieben wird, ist etwa 18% schlechter bezahlt.
414 Wirtschaftliche und politische Macht liegt überwiegend in den Händen von cis Männern. Dem männli-
415 chen Gender zugeschrieben zu sein bzw. die männliche Gender-Rolle zu erfüllen, ist immer noch mit
416 zahlreichen Privilegien verbunden, ob es größere Sprechzeit in der Politik, durchschnittlich höhere
417 Gehälter oder das brutale Privileg oder ungestraft sexualisierte Gewalt auszuüben, weil nur sehr
418 wenige Taten verfolgt werden, ist.

419 **Referenzen:**

- 420 Butler, Judith. *Gender Trouble: Feminism and the Subversion of Identity*. *Routledge*, 1990.
- 421 Crenshaw, Kimberlé. "Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of
422 Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics." *University of Chicago Legal Fo-*
423 *rum*, vol. 1989, no. 1, 1989, pp. 139-67.

424 **A6: Eilantrag: Politischer Konsens für** 425 **das Linke Pfingstcamp**

426 **Antragstellende:**

427 Der Landessprecher*innenrat

428 **Antrag:**

429 Die LMV möge folgenden Konsens für das Linke Pfingstcamp beschließen:

430 ***Vorbemerkung***

431 *Mit diesem Papier wollen wir als beteiligte Organisationen des Bündnisses des Linken Pfingst-*
432 *camps unser politisches Selbstverständnis festhalten. Gleichzeitig möchten wir gemeinsam ei-*
433 *nen politischen Grundkonsens und politische Leitlinien festhalten, unter denen unser Pfingst-*
434 *camp stattfinden soll und dessen Identifikation, Achtung und Wahrung wir uns von allen Teil-*
435 *nehmer*innen und Organisator*innen des Pfingstcamps wünschen und dessen Einhaltung wir*
436 *einfordern. Damit werden (politische) rote Linien festgelegt, welche eine Teilnahme am Linken*
437 *Pfingstcamp für uns ausschließen. Gemeinsam hoffen wir so, unser Linkes Pfingstcamp als*
438 *Raum zu erhalten, in dem wir uns alle wohlfühlen können. Trotz allem ist das Linke Pfingstcamp*
439 *ein politisches Jugendcamp, bei dem politische Diskussionen und ein offener und fairer Mei-*
440 *nungsaustausch gefördert werden und auch nicht immer alle derselben Meinung sein müssen.*
441 *Dennoch gibt es auch Grenzen, welche wir hiermit festhalten wollen.*

442 ***Selbstverständnis***

443 *Das Linke Pfingstcamp ist ein Ort antifaschistischer, linker, feministischer und sozialistischer*
444 *Vernetzung und Selbstermächtigung, welches jedes Jahr von verschiedenen linken Jugendver-*
445 *bänden aus Berlin und Brandenburg gemeinsam von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für*
446 *Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von etwa 14 bis 35 Jahren organisiert wird. Hierbei*
447 *gehen wir immer wieder auf verschiedenste Camping- und Zeltplätze in Berlin oder Branden-*
448 *burg, um für das Pfingstwochenende selbstorganisiert und -verwaltet gelebten Ferienkomm-*
449 *nismus, einen schönen und geschützten Lernort für Empowerment und politische Bildung zu*
450 *schaffen. Ein solches Camp kann ein kleiner und zeitlich beschränkter Freiraum innerhalb einer*
451 *unfreien Welt sein. Camps sind seit langem Teil und Ausdruck der sozialistischen Jugendbewe-*
452 *gung und des antifaschistischen Widerstandes. Sie sind ein Ort des Austausches, der erlebba-*
453 *ren Basisdemokratie und auch ein Ort, um dem grauen Alltag für einen Moment entfliehen zu*
454 *können.*

455 *Das linke Pfingstcamp ist als Mitmach-Camp und solidarischer Versuchsort zu verstehen, an*
456 *dem sich die Teilnehmenden selbständig und eigenverantwortlich ausprobieren und lernen*

457 können. Hierbei ist es ok, Fehler zu machen und auch nicht alles sofort zu können oder zu wis-
 458 sen. Schließlich ist das Pfingstcamp in erster Linie ein offener, solidarischer und fehlertoleranter
 459 Lernort. Um in Ruhe lernen und wachsen zu können ist es aber auch wichtig, zu verstehen, dass
 460 das Linke Pfingstcamp kein Ort ist, an dem die großen politischen Fragen unserer Zeit geklärt
 461 werden können. In der Diskussionskultur sollten wir deshalb darauf achten, respektvoll und
 462 wertschätzend miteinander zu kommunizieren, um voneinander lernen zu können und um uns
 463 weiter entwickeln zu können. Das gemeinsame solidarische und emanzipatorische Lernen steht
 464 im Mittelpunkt und nicht der vermeintliche Sieg über die*den argumentative*n Gegner*in. Wir
 465 sind davon überzeugt, dass keine Seite gewinnt, wenn politische Konflikte aggressiv und per-
 466 sönlich verletzend ausgetragen werden. Stattdessen wollen wir zum gegenseitigen Verständ-
 467 nis beitragen und lernen, Widersprüche auszuhalten. In diesem Sinne ist es auch wichtig, zu
 468 benennen, dass unser Linkes Pfingstcamp den Charakter eines offenen und geschützten Lern-
 469 orts ohne Druck und Beeinflussung aus Einzel-Gruppen und Personen besitzt.

470 **Für uns hat auf dem Linken Pfingstcamp definitiv keinen Platz:**

- 471 • jegliche Formen von Rassismus (bspw. gegen BIPOC, Sinti*zze und Rom*nja, sowie antisla-
 472 wischer Rassismus)
- 473 • jeglicher Antisemitismus, insbesondere die Leugnung des Existenzrechts Israels
- 474 • jeglicher Antimuslimischer Rassismus, insbesondere die Abwertung Palästinas bzw. des Pa-
 475 lästinensischen Volkes
- 476 • jegliche Formen von sexistischem Verhalten, Feindlichkeit gegen FLINTA*
- 477 • jegliche Formen von sexualisierter, körperlicher und verbaler Gewalt
- 478 • jegliche Formen von Queerfeindlichkeit, Diskriminierungen von jeglichen Geschlechtsiden-
 479 titäten oder von sexuellen Vorlieben
- 480 • Ableismus und Behindertenfeindlichkeit
- 481 • Diskriminierung psychischer oder seelischer Erkrankung
- 482 • Mobbing oder ausschließendes Verhalten
- 483 • Klassismus und bildungs- und sozialchauvinistisches Verhalten
- 484 • die Verherrlichung von Angriffskriegen
- 485 • Verherrlichung stalinistischer Verbrechen
- 486 • Werbung für entrüstische, undemokratische, verbandsschädigende oder solche Organisati-
 487 onen, die darauf zielen, eine Spaltung der beteiligten Verbände herbeizuführen
- 488 • Leugnung der Covid-19-Pandemie und Impfskeptiker*innen, Querdenker*innen, etc.
- 489 • rechtsextremes, nationalistisches, faschistisches Gedankengut und Symbole

490 *Uns ist bewusst, dass wir durch die einfache Nennung dieser Punkte nicht jegliche Diskriminierung*
491 *aus der Welt schaffen. Wir sehen es als unsere kollektive Verantwortung, auch das eigene*
492 *Verhalten kritisch zu hinterfragen, um so irgendwann einen Safe Space für alle schaffen zu können.*
493 *Zusammen mit einem Awareness-, einem Schutzteam und entsprechenden Konzepten*
494 *wird das Organisationsteam diese Grundsätze konsequent umsetzen und gegebenenfalls vom*
495 *Hausrecht Gebrauch machen und Personen ausschließen. Bei Teilnehmer*innen unter 18 Jahren*
496 *werden hierbei die Eltern kontaktiert bzw. weiterhin bis zum Verlassen des Camps eine ange-*
497 *messene Betreuung sichergestellt, um den Aspekten des Jugendschutzes gerecht zu werden.*

498

499 **Sicherheits- und Schutzkonzept**

500 *Um unser Camp zu einem möglichst sicheren Ort für alle Teilnehmer*innen zu machen und um*
501 *berechtigten Schutzbedürfnissen von Teilnehmer*innen aus vulnerablen Gruppen zu gewähr-*
502 *leisten, arbeiten wir als Organisator*innen des Linken Pfingstcamps mit:*

- 503 • *Jugendschutzkonzept*
- 504 • *Awarenessteam und -konzept, welches auf dem Grundsatz der Parteilichkeit beruht*
- 505 • *Secukonzept (vor allem auch sensibilisiert auf Faschos) durchgeführt durch Teilnehmende*
- 506 • *ständig ansprechbare Orga-Personen*
- 507 • *professionelle Sanitäter*innen-Crew*
- 508 • *FLINTA*-Räume und Sanitär-Anlagen*
- 509 • *vegane Verpflegung*
- 510 • *Ruhe- und Rückzugsräume*
- 511 • *Covid-Hygienekonzept*
- 512 • *Angebot von Hygiene- und Verhütungsprodukten*

513 *Wir freuen uns auf ein Linkes Pfingstcamp, bei dem sich alle Menschen wohlfühlen und ge-*
514 *meinsam in einen Austausch kommen können. Solltet ihr Fragen zum Camp und unserem Kon-*
515 *sens haben, meldet euch unter: pfica@falken-brandenburg.de*

516 **Begründung:**

517 Dieser Konsens galt in leicht abgewandelter Form bereits beim letzten PfiCa. Um dem Konsens brei-
518 tere demokratische Legitimität zu verschaffen, tragen wir ihn zur Abstimmung in die LMV. Grund für
519 den Eilantrag sind Verzögerungen bei der Erarbeitung des Konsens im Pficabündnis.